

**Diskussionsbeitrag Nr. 30-10**

**Soziale Nachhaltigkeit im Kontext**

**der Neuen Institutionsökonomik**

**von**

**Michael von Hauff und Helena Schiffer**

**Prof. Dr. Michael von Hauff / Technische Universität Kaiserslautern**

**Dipl.-Wi.-Ing. Helena Schiffer / Technische Universität Kaiserslautern**

**Juli 2010**

**Technische Universität Kaiserslautern, Postfach 3049,**

**D-67653 Kaiserslautern**

**ISSN 0943-593-X**



# Inhalt

1	Bedeutung sozialer Nachhaltigkeit aus volkswirtschaftlicher Sicht.....	1
2	Sozialkapital und gesellschaftlicher Zusammenhalt.....	3
3	Institutionen und soziale Nachhaltigkeit .....	5
3.1	Funktionsweise von Institutionen .....	6
3.2	Die Bedeutung der Kohäsionsfunktion für die soziale Nachhaltigkeit .....	8
3.3	Die Rolle institutioneller Rahmenbedingungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.....	9
3.4	Institutionen und Transaktionskosten in ihrer Bedeutung für die soziale Nachhaltigkeit .....	14
3.5	Institutionen und Gerechtigkeit .....	15
3.6	Kritische Anmerkungen zu der Neuen Institutionsökonomik im Kontext sozialer Nachhaltigkeit.....	17
4	Handlungsempfehlungen: die Rolle von Bildung und Kultur .....	18
5	Schlussfolgerungen.....	20
	Literaturverzeichnis .....	23
	Bisher erschienen.....	27

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dilemmasituation .....	10
Abbildung 2: Interdependente Nutzenfunktion.....	11
Abbildung 3: Gesamt- und Grenznutzen von $p_Q$ und $p_R$ .....	12
Abbildung 4: Der Nutzen als Funktion zweier Güterbündel .....	13

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kategorisierung von Regeln nach utilitaristischer Ethik .....	4
Tabelle 2: Einteilung von Institutionen nach Richard Scott.....	7

# 1 Bedeutung sozialer Nachhaltigkeit aus volkswirtschaftlicher Sicht<sup>1</sup>

In der Diskussion zur Nachhaltigen Entwicklung hat die soziale Dimension im Verhältnis zu den beiden anderen, d.h. der ökonomischen und der ökologischen Dimensionen, bisher eine relativ geringe Zuwendung erfahren. Das gilt besonders für die Diskussion zu dem Leitbild Nachhaltiger Entwicklung aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive. Dabei ist soziale Nachhaltigkeit, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Humanität, Freiheit und Gerechtigkeit zum Ziel hat, nicht weniger bedeutend, um die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft aber auch einer Volkswirtschaft zu gewährleisten. In der Politik herrscht spätestens seit dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 Übereinstimmung darüber, dass Ökologie, Ökonomie und Soziales als gleichgewichtige Dimensionen der Nachhaltigkeit zu bewerten sind (Meyerhoff, Schwarze 2007, S. 7).

Die Analyse der Kohäsionsfunktion innerhalb einer Gesellschaft war bisher überwiegend Soziologen, Philosophen und Politologen vorbehalten. Vor dem Hintergrund der Frage, ob das ökonomische Wachstum im Rahmen des Sozialproduktes das richtige Maß für die menschliche Wohlfahrt bzw. Lebensqualität darstellt, beschäftigen sich zunehmend auch Wirtschaftswissenschaftler mit der sozialen Nachhaltigkeit (Stiglitz, Sen, Fotoussi 2009, S. 12). Daraus begründete sich auch eine umfassende Diskussion über alternative Indikatoren bzw. Messkonzepte zum Sozialprodukt (v. Hauff, Kleine 2009, S.139 ff).

In diesem Zusammenhang ist der materielle Wohlstand (gemessen am Pro-Kopf-Einkommen), der seit Adam Smith als ökonomisches Ziel sui generis angesehen wird, von der gesellschaftlichen Wohlfahrt zu unterscheiden (Feser 2008, S. 4). Dabei wird zwischen der Bewertung des aktuellen Stands der gesellschaftlichen Wohlfahrt und seiner Dauerhaftigkeit differenziert. Das Ziel, das bestehende Niveau der Wohlfahrt zu erhöhen, umfasst neben gesellschaftlichen Oberzielen wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, auch Ziele wie Gesundheit, Bildung, lebenswertes Umfeld und - als eine Dimension von vielen - den Wohlstand. Der zweite Punkt, die Dauerhaftigkeit, kann nur dann gewährleistet werden, wenn neben dem ökologischen

---

<sup>1</sup> Ein besonderer Dank an Elena Brosch, Thuan Nguyen und Nicola Seitz für die wertvollen Anregungen.

und dem ökonomischen Kapital das soziale Kapital im Sinne von stabilen gesellschaftlichen Strukturen, die ein friedliches und weitgehend zufriedenstellendes Zusammenleben ermöglichen, an künftige Generationen weitergegeben wird (Stiglitz, Sen, Fotoussi 2009, S. 11).

Zum Konzept der sozialen Nachhaltigkeit gibt es verschiedene Zugänge. Dieser Beitrag beleuchtet das Thema aus Sicht der Neuen Institutionsökonomik, einem Forschungsgebiet, das auf dem Konzept des Grenznutzens beruht (Rau-Bredow 1992, S. 3). Mit der Kohäsionsfunktion, den interdependenten Nutzenfunktionen und dem Transaktionskostenansatz, die in diesem Beitrag erläutert werden, bietet es eine theoretische Grundlage zum Verständnis des gesellschaftlichen Zusammenhalts, welche bisher wenig Beachtung fand. Die Neue Institutionsökonomik, die der Volkswirtschaftstheorie zuzuordnen ist und sich als ein relativ neues Forschungsgebiet etabliert hat, findet zunehmend auch in der Betriebswirtschaftslehre Beachtung (Göbel 2002). Sie wendet sich formellen und informellen Normen und Regeln zu, die einen Zugang zu der Frage bieten können, was eine Gesellschaft dauerhaft zusammenhält.

Ausgehend von dem Sozialkapital, das als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens gilt, werden im folgenden Kapitel Normen und Regeln als zentrale Elemente im Rahmen der Neuen Institutionsökonomik dargestellt. Mit den Erkenntnissen der utilitaristischen Ethik werden die Normen und Regeln begründet, die das Wohlergehen aller von einer Handlung Betroffener zum Ziel haben.

In Kapitel drei wird die Rolle von Institutionen für soziale Nachhaltigkeit analysiert, indem zunächst die Funktionsweisen der Institutionen aufgezeigt werden. Dabei spielt die Kohäsionsfunktion im Rahmen Nachhaltiger Entwicklung eine entscheidende Rolle. Die Vertreter der Neuen Institutionsökonomik bedienen sich des neoklassischen Menschenbilds des Homo Oeconomicus. Da das Paradigma der Nachhaltigen Entwicklung nicht primär das Wohlergehen des Individuums sondern das der gegenwärtig lebenden Gesellschaft sowie jenes zukünftiger Generationen anstrebt, kann das Modell nur in einer erweiterten Version zur Begründung sozialer Nachhaltigkeit hinzugezogen werden. Es besteht die Gefahr der sogenannten Dilemmasituation, die das kollektive Ziel und das individuelle Handeln auseinander driften lässt.

Mehrheitlich anerkannte Regeln, mit denen sich die Neue Institutionsökonomik auseinandersetzt, können dieses Dilemma lösen. Interdependente Nutzenfunktionen, bei denen der Nutzen eines Individuums auch vom Nutzen ihrer Mitmenschen und künftiger Generationen determiniert wird (Voigt 2002, S. 196), bieten einen Erklärungsansatz für intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit.

Der Transaktionskostenansatz, der neben dem Prinzipal-Agent-Ansatz und der Property-Rights-Theorie einen der Grundsteine der Neuen Institutionsökonomik darstellt, wird zur Erklärung der Normenbildung herangezogen. Anschließend wird der Zusammenhang zwischen Institutionen und Gerechtigkeit erläutert. Die kritische Auseinandersetzung mit der Neuen Institutionsökonomik schließt das Kapitel ab. Kapitel vier beinhaltet Handlungsempfehlungen mit besonderem Blick auf den Zugang zur Bildung und Kultur, der mit Hilfe von Institutionen gefördert werden kann. Im letzten Kapitel werden wichtige Erkenntnisse des Beitrags zusammengefasst.

## **2 Sozialkapital und gesellschaftlicher Zusammenhalt**

Die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der durch das Wirken von gewissen Kohäsionskräften entsteht, ist nicht neu. Sie ist jedoch in neuerer Zeit wieder wichtiger geworden. „Die Sonnenseiten der Differenzierungsprozesse von Gesellschaften - wie etwa die Erweiterung der Freiheitsspielräume oder die Entfaltung kultureller Vielgestaltigkeit - können nicht die Schattenseiten - wie etwa Orientierungsprobleme, neue soziale Ungleichheiten oder anomische Erscheinungsweisen - ausblenden (Heitmeyer 1997, S. 23).“

Eine mögliche Antwort bietet das Konzept des Sozialkapitals, welches den negativen Auswirkungen der fortschreitenden Globalisierung und Individualisierung entgegenwirken kann. Pierre Bourdieu, der den Begriff des Sozialkapitals wesentlich geprägt hat, definiert es als „die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind“ bzw. „[die] Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen (Bourdieu 1983, S. 190f.).“

Empirische Studien belegen, dass Sozialkapital eine positive Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung hat, gemessen an BIP und Investitionen (Knack, Keefer 1997, S. 1251). Ein besonders wichtiges Element von Sozialkapital ist das Vertrauen, welches die unterschiedlichen BIP-Wachstumsraten in verschiedenen Ländern teilweise erklären kann (Hjerpe 1998, S. 14ff.). Dieser Zusammenhang deutet nicht zwingend auf eine bessere Lebensqualität hin. Dafür wurde besonders in den letzten Jahren das BIP als Maß für gesellschaftliche Wohlfahrt zunehmend kritisch hinterfragt. Das zeigt jedoch, dass eine stabile Gesellschaft einen positiven Beitrag zur ökonomischen Dimension leisten kann. Vertrauen ist Studien zufolge stärker in Nationen mit geringerem Polarisierungspotential sowie mit formalen Institutionen, die das Eigentum und die Vertragsrechte schützen sowie gemeinschaftsschädliche Aktivitäten der Mächtigen beschränken (Knack, Keefer 1997, S. 1251ff.).

Um die Dauerhaftigkeit des Zusammenhalts in einer Gesellschaft zu gewährleisten, bedarf es Strukturen, z.B. in Form von Institutionen, die von den meisten Gesellschaftsmitgliedern zumindest weitgehend anerkannt und eingehalten werden. Dadurch kann das vorhandene Sozialkapital erhalten und ausgebaut werden. Denn „auch in pluralistischen Gesellschaften sind elementare Regeln des Zusammenlebens erforderlich (Höffe 1992, S. 7).“ Einen möglichen Überblick über solche Regeln bietet die utilitaristische Ethik, die sich mit dem gesellschaftlichen Wohlergehen auseinandersetzt. Diese Regeln reichen von Grundnormen über Grund- und Persönlichkeitsrechte bis zu Rahmennormen und schließlich Verbindlichkeiten (Höffe 1992, S. 8). In Tabelle 1 sind einige Beispiele aufgeführt.

**Tabelle 1: Kategorisierung von Regeln nach utilitaristischer Ethik**

<b>Kategorie</b>	<b>Begründung</b>	<b>Beispiele</b>
Grundnormen	Schutz von Leben	Tötungsverbot
Grund- und Persönlichkeitsrechte	Gewährung von unantastbarem Freiraum der Selbstentfaltung	Meinungsfreiheit
Rahmennormen	Verhinderung unbegrenzter Rivalität von Gruppen und Bekenntnissen	Verträge
Verbindlichkeiten	Schlichtung öffentlich relevanter Konflikte	Internationale Abkommen

Quelle: in Anlehnung an Höffe 1992, S. 8.



Als höchster Wert des Utilitarismus gilt die Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse und Interessen: das menschliche Glück. Diesen Ansatz findet man in der modernen Glücksforschung wieder (Layard 2005, S. 109ff.; Frey, Luechinger 2007, 219ff.). Wird das höchste Ziel erreicht, d.h. das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl der Gesellschaftsmitglieder, liegt die Vermutung nahe, dass die Gesellschaft stärker zusammenhält, da es weniger Gründe für Konflikte geben muss. Hier handelt es sich um einen Idealzustand, der angestrebt, jedoch nie erreicht werden kann. Um sich diesem Ziel anzunähern empfehlen Vertreter des klassischen Utilitarismus, materielle und immaterielle Bedürfnisse des Einzelnen auf der Grundlage rationalen Handelns zu maximieren (Bentham 1992), worauf die neoklassische Version des Utilitarismus basiert.

Eine Vorgehensweise zur empirischen Analyse des individuellen Glücks bieten Befragungen, z.B. in Form eines sozio-ökonomischen Panels. Dieses stellt eine Wiederholungsbefragung dar, die beispielsweise in Deutschland seit 1984 durchgeführt wird. Im Auftrag des DIW Berlin werden jährlich über 20.000 Personen aus rund 11.000 Haushalten in Deutschland befragt. Die Daten geben Auskunft über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung oder Gesundheit. Um langfristige soziale und gesellschaftliche Trends verfolgen zu können werden jedes Jahr die gleichen Personen zur Befragung herangezogen (SOEP 2010).

### **3 Institutionen und soziale Nachhaltigkeit**

Wie in Kapitel zwei deutlich wurde, hat sich die Diskussion um die soziale Nachhaltigkeit bisher primär an dem Ansatz des Sozialkapitals orientiert. Daraus lassen sich wichtige Bedingungen für den Zusammenhalt einer Gesellschaft ableiten. Die Neue Institutionsökonomik schließt einige Elemente dieses Konzepts ein und erweitert sie um den Begriff der Institutionen, der im Kontext Nachhaltiger Entwicklung bisher weitgehend vernachlässigt wurde. Entsprechend wird zunächst der Begriff von Institutionen im Kontext der Neuen Institutionsökonomik konkretisiert. Anschließend wird die Bedeutung der Kohäsionsfunktion für die soziale Nachhaltigkeit analysiert. Am Beispiel von den interdependenten Nutzenfunktionen und dem Transaktionskostenansatz wird die Rolle institutioneller Rahmenbedingungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt untersucht. In dem Abschnitt 3.5 wird der Zusammen-

hang von Institutionen und Gerechtigkeit aufgezeigt. Abschließend folgt die kritische Auseinandersetzung mit der Neuen Institutionsökonomik in Bezug auf soziale Nachhaltigkeit.

### **3.1 Funktionsweise von Institutionen**

In der Fachliteratur besteht ein breiter Konsens darüber, dass Institutionen als Grundpfeiler der Gesellschaft dienen (Senge 2006, S. 35). Ihr Hauptzweck besteht darin, die Unsicherheit im gesellschaftlichen Zusammenleben zu vermindern, indem sie für eine stabile (nicht notwendigerweise effiziente) Ordnung im täglichen Leben sorgen (North 1992, S. 4ff.). Auch wenn der Begriff „Institutionen“ weitgehend konsensuell verwendet wird, herrscht über seine inhaltliche Konkretisierung oft keine Übereinstimmung.

In seiner funktionalen Bedeutung implizierte der Begriff Anfang des 20. Jahrhunderts Basisinstitutionen wie Ehe, Familie und Recht. In den 1940er und 1950er Jahren wurde er in einer umfassenderen Definition auf alle strukturerhaltenden Aspekte der Gesellschaft ausgeweitet, sofern sie einen Bezug zu Werten haben (Senge 2006, S. 35ff.). In ihrem weitesten Sinne sind Institutionen „jegliche Art von Beschränkung [...] zur Gestaltung menschlicher Interaktionen (North 1992, S. 4).“ Dabei sind Beschränkungen im Sinne von Grenzen gemeint, die Handlungsspielräume definieren. Im Kontext sozialer Nachhaltigkeit dienen sie nicht nur der Einschränkung von Optionen sondern auch ihrer Erweiterung. Einige weniger privilegierte Individuen können dadurch neue Möglichkeiten erhalten, während andere mehr Verantwortung übernehmen müssen.

Institutionen sind Regeln, Verfahren, Normen oder Konventionen, die festlegen, wer die Macht hat etwas zu einem bestimmten Zeitpunkt zu tun (Alt, Shepsle 1998, S. 735). Es wird vielfach die Trennung in formelle (Gesetze, offizielle Abkommen) und informelle Institutionen (Normen, Verhaltensregeln) vorgenommen. Sie unterscheiden sich dadurch, dass die Entstehung von informellen Institutionen nicht kollektiv geplant und ihre Einhaltung nicht durch einen bewusst errichteten externen „Sanktionsapparat“ erzwungen wird (Erlei, Leschke, Sauerland 2007, S. 548). Auf Grund dieser Dynamik haben informelle Institutionen eine besondere Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Neben dem funktionalen Zusammenhang zwischen den Institutionen und der Gesellschaft (Senge 2006, S. 37), auf den sich dieser Beitrag bezieht, ist ergänzend die handlungstheoretische Perspektive zu erwähnen. In ihrem Mittelpunkt steht der Prozess der Institutionalisierung. Dabei „wird der durch Handlungen geschaffene, prozessuale Charakter von sozialen Strukturmomenten hervorgehoben (Senge 2006, S. 37).“ Richard Scott, der als Wegbereiter des soziologischen Neo-Institutionalismus gilt und sich mit der Bedeutung dieser Theorie auch für andere Wissenschaften beschäftigt hat, unterscheidet drei Arten von Institutionen: regulative, normative und kulturell-kognitive (Scott 2008, S. 50ff.). Tabelle 2 zeigt die Einteilung mit einigen Beispielen.

**Tabelle 2: Einteilung von Institutionen nach Richard Scott**

<b>Art</b>	<b>Kategorie</b>	<b>Beispiele</b>
formell	regulativ	Regeln, Gesetze und Verträge
informell	normativ	Normen und Werte
	kulturell-kognitiv	Glaubenssysteme, geteilte Vorstellungen der sozialen Wirklichkeit

Quelle: in Anlehnung an Scott 2008, S. 50ff.

Die Frage hierbei ist, ob Institutionen dazu beitragen können, das gesellschaftliche Wohlergehen zu steigern. Mit ihrem Anspruch auf Dauergeltung und Beachtung dienen sie der Sicherheit, der Ordnung und der Stabilität. Damit begünstigen sie das Ziel sozialer Nachhaltigkeit, den Zusammenhalt in einer Gesellschaft, die sonst wegen fehlender Orientierung und vielerlei Spannungsfeldern auseinanderfallen und dadurch handlungsunfähig werden kann. Das gilt auch dann, wenn die Verteilung der Rollen nicht alle Gesellschaftsmitglieder zufrieden stellt (Gukenbiehl 2008, S. 150). Im negativen Extremfall „versinken“ Gesellschaften im Chaos, was auch die Funktionsweise einer Volkswirtschaft in Frage stellt bzw. zerstört.

Aus ihrem Ziel lassen sich unterschiedliche Funktionen von Institutionen ableiten:

- **Ordnungsfunktion** zur Herstellung von Ordnung und Reduktion von Komplexität,
- **Entlastungsfunktion** zur Vereinfachung der Entscheidung zwischen Handlungsmöglichkeiten,
- **Motivationsfunktion** zur Steuerung von Verhalten in eine erwünschte Richtung,
- **Koordinationsfunktion** zur Sicherheit und Verlässlichkeit im Verhalten für eine erfolgreiche Kooperation,
- **Wertmaßstabfunktion** zur Beurteilung des eigenen und fremden Verhaltens,
  
- **Kohäsionsfunktion** zur Erzeugung eines Zusammengehörigkeitsgefühls in der Regelgemeinschaft und
  
- andere spezielle (z.B. Herrschaftssicherung) und abgeleitete Funktionen (z.B. zur Regelung wie neue Organisationen geschaffen werden sollen) (Göbel 2002, S. 6ff.).

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die Bedeutung der Kohäsionsfunktion von Institutionen für die soziale Nachhaltigkeit.

### ***3.2 Die Bedeutung der Kohäsionsfunktion für die soziale Nachhaltigkeit***

Der Kohäsionsfunktion kam in der Neuen Institutionsökonomik im Vergleich zu anderen Funktionen bisher eine untergeordnete Rolle zu. Sie hat jedoch im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit im Kontext sozialer Nachhaltigkeit eine herausragende Bedeutung und wird deshalb in diesem Beitrag aufgegriffen. Über die gemeinsame Beachtung von Sitten, Bräuchen und Traditionen entsteht eine soziale und kulturelle Identität, welche dem Einzelnen Geborgenheit vermittelt und sein Leben strukturiert und positioniert. Die Identifikation mit der Gemeinschaft über Institutionen kann dazu motivieren, sich für die Belange der Gesellschaft verantwortlich zu fühlen und einzusetzen. Die gemeinsame Sicht der Welt kann das Zusammenleben und die Verständigung erleichtern. Mit der Kohäsionsfunktion werden zugleich andere, insbesondere die Motivations- und Koordinationsfunktionen unterstützt (Göbel 2002, S. 7ff.).

Auf der einen Seite ist die Kohäsionsfunktion der Institutionen mit dem Verhaltensmodell des Homo Oeconomicus vereinbar, dessen sich die Neue Institutionsökonomik bedient. Dies ist z.B. der Fall, wenn der Mensch als „Schöpfer“ der Kultur betrachtet wird, der die Funktionstüchtigkeit einer Organisation durch informelle Regeln (z.B. Verhaltensregeln) verbessern möchte. Auf der anderen Seite widersprechen Werte wie Loyalität, Solidarität und Pflichtgefühl, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt notwendig sind, dem Modell des reinen Nutzenmaximierers. Diese gegensätzlichen Positionen sind nur zu vereinbaren, wenn der Homo Oeconomicus seine Präferenzen ändert und sein Verhalten nicht permanent seinem eigenen Interesse anpasst (Göbel 2002, S. 39ff.). Von einigen Spieltheoretikern wird der Homo Oeconomicus dem sozial agierenden Homo Sociologicus nahe gestellt. Nutzt der Homo Oeconomicus eine anerkannte soziale Norm, so handelt er in seinem eigenen Interesse und maximiert dadurch seinen Nutzen (Binmore, Samuelson 1994, S. 61). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Kohäsionsfunktion, die ein Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb einer Gemeinschaft erzeugt, eine besonders wichtige Funktion von Institutionen im Kontext sozialer Nachhaltigkeit darstellt.

### ***3.3 Die Rolle institutioneller Rahmenbedingungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt***

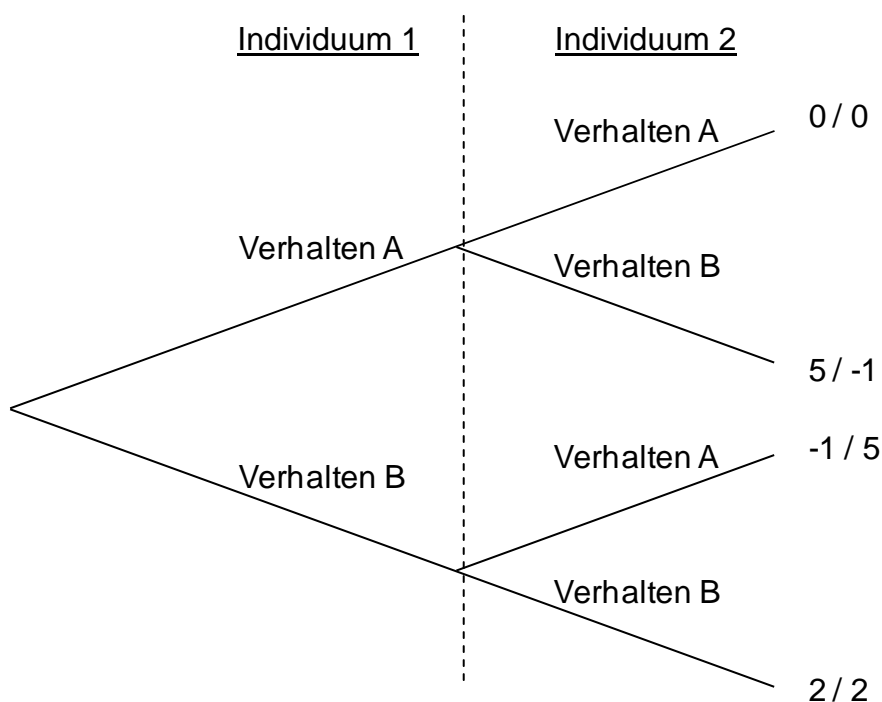
Die zentrale Frage ist, wie die institutionellen Bedingungen gestaltet werden können, damit die Gesellschaftsmitglieder zum wechselseitigen Vorteil interagieren (Leschke 2008, S. 308). Denn in vielen Fällen kann es zur sogenannten Dilemmasituation kommen, in der das unkooperative Verhalten dem Einzelnen mehr Nutzen bringt als das kooperative, die soziale Nachhaltigkeit unterstützende Verhalten (Leschke 2008, S. 308ff.).

Verhält sich der Einzelne - wie in Abbildung 1 dargestellt - kooperativ (Verhalten B), so hat er die Möglichkeit, einen Nutzensgewinn von höchstens 2 Einheiten zu erzielen. Geht er stattdessen dem eigennützigen Verhalten A nach, so hat er die Chance auf den Gewinn von 5 Nutzeinheiten. Das Streben des Individuums nach seinem eigenen Vorteil führt dazu, dass beide Individuen das unkooperative Verhalten A bevorzugen und somit riskieren, dass keiner von ihnen einen Nutzen davon trägt. Denn es ist für ein Individuum immer noch besser einen Nutzensgewinn von 0 zu haben (wenn beide dem Verhalten A nachgehen) als einen Nutzenverlust

von -1 (wenn ein Individuum das Verhalten B bevorzugt, während ein anderer sich zum eigenen Vorteil nach Schema A verhält).

Auch wenn es im kollektiven Interesse ist, dass sich alle nach dem Muster B orientieren, liegt es im individuellen Interesse sich nicht daran zu halten. Legt die Gemeinschaft Institutionen fest, die das vorteilhaftere Verhalten B fördern oder zumindest berücksichtigen bzw. das schädliche Verhalten A sanktionieren, kann das Dilemma gelöst werden. Das bedeutet noch nicht, dass dies zu einer institutionellen Verankerung führt. Diese kann nur erfolgen, wenn die Mehrheit die Institutionen auf Dauer für gerechtfertigt hält. Zudem unterliegen Institutionen genauso wie die Wertvorstellungen innerhalb einer Gesellschaft dem Wandel und werden fortlaufend angepasst und weiterentwickelt.

**Abbildung 1: Dilemmasituation**

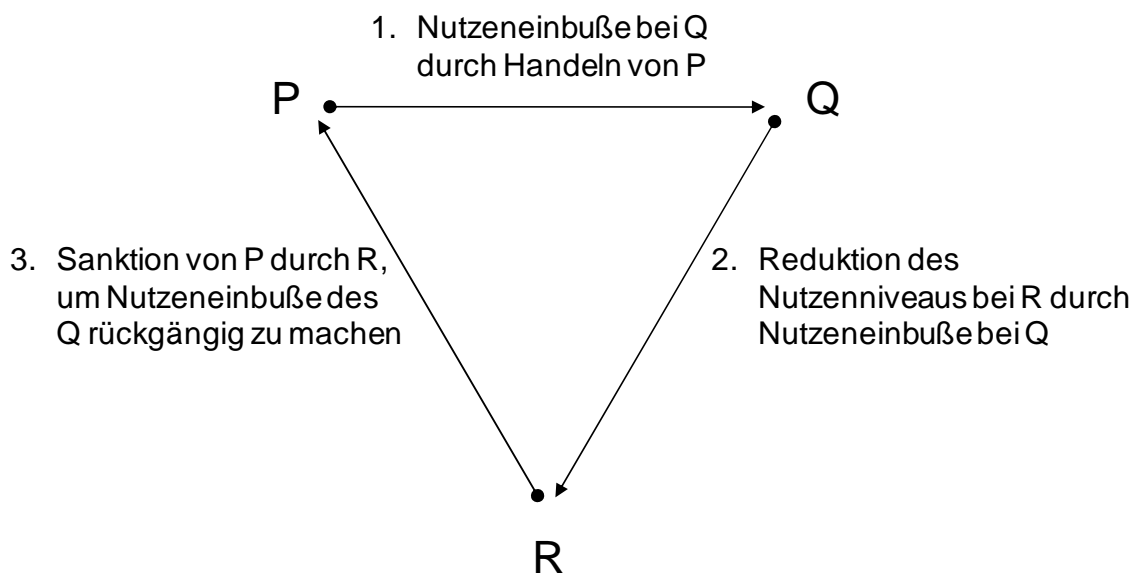


Quelle: in Anlehnung an Leschke 2008, S. 309.

Es besteht die Frage, warum die Gesellschaft das normenkonforme Verhalten unterstützen sollte. An dieser Stelle schaffen interdependente Nutzenfunktionen Abhilfe. Individuen sind demnach bereit ein nicht normenkonformes, Gemeinschaft schädigendes Verhalten anderer zu sanktionieren, auch wenn sie es scheinbar nicht

direkt betrifft. Ist der Nutzen von Q - wie in Abbildung 2 dargestellt - ein positives Argument der Nutzenfunktion einer dritten Person R und verursacht das normeninkonforme Verhalten der Person P Nutzeneinbußen der Person Q, so kann R einen Anreiz haben das nichtkonforme Verhalten von P zu sanktionieren (Voigt 2009, S. 196).

**Abbildung 2: Interdependente Nutzenfunktion**



Quelle: in Anlehnung an Voigt 2009, S. 197

Der Nutzen  $U_R$  des Individuums R hängt in dem Fall nicht nur von dem ihm zur Verfügung stehenden Güterbündel  $p_R$  ab, der die Lebensqualität von R widerspiegeln soll und deshalb nicht nur monetär zu messen ist. Er hängt auch von dem einer anderen Person Q zur Verfügung stehenden Güterbündel  $p_Q$  ab, was sich mit Hilfe von interdependenten Nutzenfunktionen darstellen lässt:

$$U_R = f(p_R, p_Q). \quad (\text{Formel 1})$$

Bei der Frage, wie eine interdependente Nutzenfunktion mathematisch aussehen kann, lässt sich feststellen, dass der Nutzen von R nicht durch Addition wiedergegeben werden kann, da der Grenznutzen des Individuums R von den Güterbündeln des R und des Q abhängen. Die Darstellung in Form der folgenden Funktion wäre demnach nicht möglich

$$U_R = f(p_R) + f(p_Q), \quad (\text{Formel 2})$$

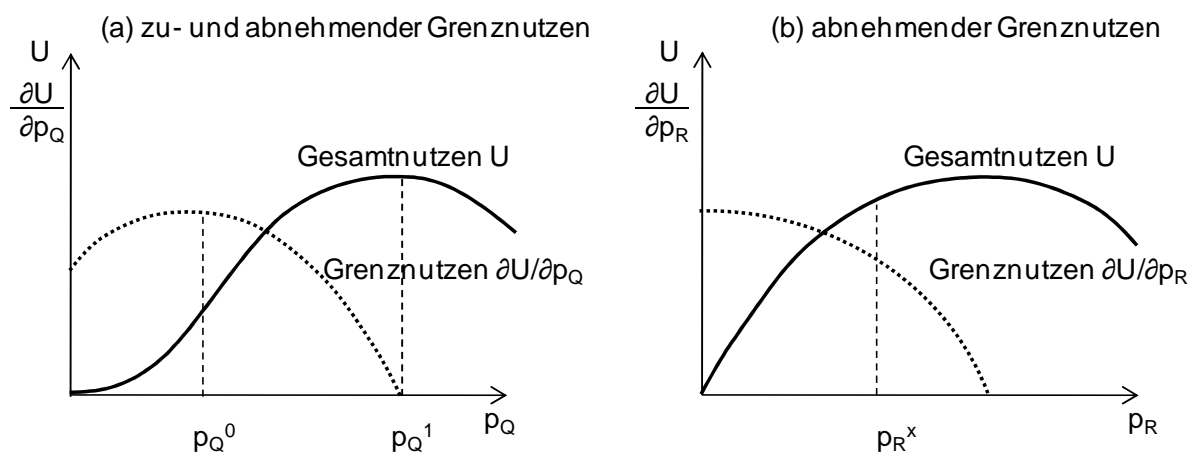
da in dem Fall der Grenznutzen  $\partial U_R / \partial p_R$  von  $p_Q$  unabhängig ist. Vielmehr ist von einer interdependenten Nutzenfunktion zum Beispiel in Form einer Cobb-Douglas-Nutzenfunktion auszugehen:

$$U_R = p_R^\alpha p_Q^\beta \quad (\text{Formel 3})$$

mit  $\alpha, \beta > 0$  als Einflussparameter, die das jeweilige Gewicht der einzelnen Güterbündel für das Individuum R verdeutlichen. Dabei hängt der Grenznutzen von R  $\partial U_R / \partial p_R = \alpha p_R^{\alpha-1} p_Q^\beta$  nicht nur vom Güterbündel des Individuums R sondern auch vom Güterbündel des Individuums Q ab (Stobbe 1991, S. 77ff.).

Im neoklassischen Modell des Homo Oeconomicus wird der Parameter  $\beta$  vernachlässigt, mit anderen Worten gleich null gesetzt. Der Nutzen des R wird in dem Modell nicht vom Nutzen des Q oder einer anderen Person beeinflusst (Voigt 2009, S. 196ff.).

**Abbildung 3: Gesamt- und Grenznutzen von  $p_Q$  und  $p_R$**



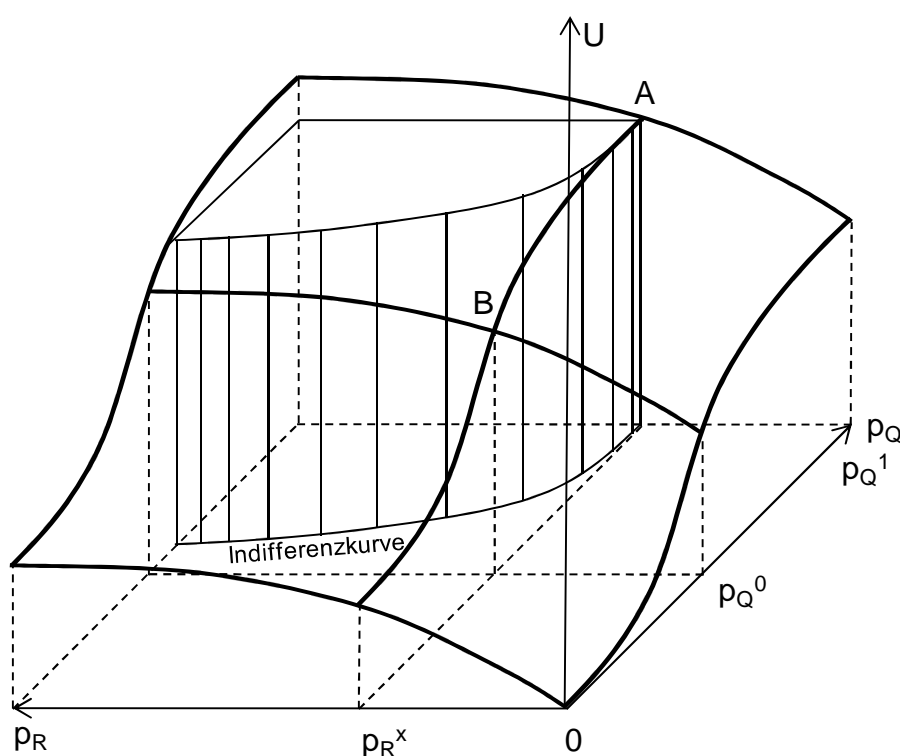
Quelle: in Anlehnung an Stobbe 1991, S. 77

Abbildung 3 zeigt den zunächst nicht vom Nutzen anderer abhängigen Nutzen  $U$  der Güterbündel  $p_Q$  und  $p_R$ . Die Nutzenfunktion, die von dem Güterbündel  $p_Q$  abhängt, sei exemplarisch eine Funktion mit zu- und abnehmenden Grenznutzen  $\partial U / \partial p_Q$  und die Nutzenfunktion  $U_R$  des Güterbündels  $p_R$  - eine Funktion mit abnehmendem Grenznutzen  $\partial U / \partial p_R$ . Führt man die beiden Funktionen zusammen in der Annahme, dass der Gesamtnutzen  $U$  im Kontext nachhaltiger Entwicklung von  $p_Q$  und  $p_R$  ab-



hängt, so lässt sich ein Nutzengebirge darstellen (Abbildung 4). Die Indifferenzkurven bezeichnen dabei Kurven konstanten Nutzens (Stobbe 1991, S. 78). Steigt der Nutzen von Q von  $p_Q^0$  zu  $p_Q^1$ , so steigt auch der Gesamtnutzen U, auch wenn der Nutzen von R bei  $p_R^x$  bleibt: Punkt A liegt höher als Punkt B. Sinkt der Nutzen von Q, so sinkt auch der Gesamtnutzen. Das Individuum R hat demnach einen Anreiz die Nutzeneinbußen von Q zu sanktionieren, wenn die Kosten der Sanktion den Nutzenzuwachs nicht übersteigen, den R dabei erfährt (Voigt 2009, S. 196ff.).

**Abbildung 4: Der Nutzen als Funktion zweier Güterbündel**



Quelle: in Anlehnung an Stobbe 1991, S. 76

Mit der interdependenten Nutzenfunktion lässt sich erklären, dass ein Individuum sich nicht nur um sein eigenes Wohlergehen, sondern auch das seiner gegenwärtig lebenden Mitmenschen und das der künftigen Generationen sorgt, wenn seine eigene Nutzenfunktion positiv von deren Güterbündeln abhängt. Das trifft auf all diejenigen zu, deren Beziehung zu ihm Teil seines Sozialkapitals darstellt. Bezogen auf künftige Generationen bestehen in der Regel zumindest Beziehungen zu der Generation der Kinder und Kindeskiner. Aber auch der Nutzen aller weiteren Generationen ist in der Rechnung enthalten, weil er einen Bestandteil von Nutzenfunktionen der jeweils vorherigen Generationen darstellt. Die Gewichtung der einzel-

nen Güterbündel hängt davon ab, welches Gewicht das jeweilige Individuum seinem eigenen Nutzen und dem anderer Menschen seines sozialen Netzwerks zuweist. Im Kontext sozialer Nachhaltigkeit tragen interdependente Nutzenfunktionen zu inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit bei.

### ***3.4 Institutionen und Transaktionskosten in ihrer Bedeutung für die soziale Nachhaltigkeit***

Eine weitere Funktion der Institutionen, die im Zusammenhang mit der sozialen Nachhaltigkeit eine Rolle spielt, ist die Senkung von Transaktionskosten (Leschke 2008, S. 301). Der Transaktionskostenansatz erklärt die Entstehung von Institutionen, ohne die die Kosten von einzelnen Transaktionen, z.B. von Verhandlungen und Vertragsabschlüssen, berücksichtigt werden müssen (Coase 1937, S. 390ff.).

Zunächst soll kurz erläutert werden, was unter Transaktionskosten zu verstehen ist. In der Ökonomie besitzen Güter ein Bündel an Merkmalen. Einige davon sind physischer Natur, wie Größe, Form, Farbe oder chemische Beschaffenheit. Andere Merkmale betreffen die Eigentumsrechte („property rights“), wie das Recht das Gut zu nutzen, Einkommen damit zu erzielen oder andere Akteure vom Nutzen des Gutes auszuschließen. Ändert man die physische Beschaffenheit, so entstehen Transformationskosten. Transaktionskosten hingegen sind Kosten, die entstehen, wenn das Merkmal des Eigentumsrechts verändert wird (North, Wallis 1994, S. 611ff.). Die Transaktionskostentheorie basiert auf der wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnis, dass alle Transaktionen (Austausch von Gütern und Leistungen) mit Kosten verbunden sind und die Kosten unterschiedlich hoch ausfallen können (Scott 2006, S. 207).

Oliver E. Williamson griff in „Economics Institutions of Capitalism“ die Erkenntnis von Ronald H. Coase auf, wonach Institutionen (nach Coase - Unternehmen, „the firm“) entstehen, um die Transaktionskosten dort in den Griff zu bekommen, wo es der Gesellschaft (nach Coase - dem Markt, „the market“) nicht gelingt, z.B. bei relativ unsicheren und komplexen Transaktionen, da in diesen Fällen die vollkommene Markttransparenz nicht gegeben ist. Institutionen sorgen für die Reduktion von Transaktionskosten und schaffen Kontrollsysteme, um opportunistischem Verhalten vorzubeugen (Scott 2006, S. 207). North und Wallis fügen hinzu, dass neben Transaktionskosten auch andere Kosten berücksichtigt werden sollten, z.B. die Be-

schaffungskosten von Informationen, bevor man eine Transaktion eingeht (North, Wallis 1994, S. 622).

Ein Austausch innerhalb einer Institution wird dann vollzogen, wenn die Transaktionskosten dieses Handelns geringer sind als die vom Austausch mit der institutionsfreien Umgebung (North, Wallis 1994, S. 611). Im Kontext sozialer Nachhaltigkeit bedeutet das, dass eine Norm, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert, dann von der Gesellschaft anerkannt wird, wenn ihr Grenznutzen (z.B. Sicherheit) ihre Grenzkosten (z.B. Einschränkung der individuellen Handlungsmöglichkeiten) übersteigt.

Ist der Nutzen des Zustandes mit Normen höher als der Nutzen des normenlosen Zustands, in dem viele fortlaufende Einzelabsprachen stattfinden, so ist die Einigung auf Regeln die bevorzugte Option. Dadurch können die Kosten der Einzelabsprachen reduziert werden (Leschke 2008, S. 301), wobei sie den Transaktionskosten, die bei der Einigung auf der Grundlage von Regeln entstehen, entgegensetzen sind. Will man sie rechnerisch bestimmen, so stößt der Transaktionskostenansatz an seine Grenzen. Es handelt sich dabei primär um eine Sprachregelung (Göbel 2002, S. 356). Der Transaktionskostenansatz bietet mit seiner Grundlage für das Verständnis der Normen- bzw. Regelbildung einen weiteren theoretischen Ansatz zur Begründung sozialer Nachhaltigkeit.

### **3.5 Institutionen und Gerechtigkeit**

Aus institutionsökonomischer Sicht sind die Individuen mit ihren Präferenzen und Wertesystemen Ausgangspunkt der Analyse (Leschke 2008, S. 303). Neben den Determinanten der gesellschaftlichen Rolle, zu denen jeder Einzelne Entscheidungen in seinem Leben trifft (Familienbildung, Partizipation am kulturellen Umfeld, Bemühungen um einen gesunden Lebensstil im Rahmen seiner Möglichkeiten) gibt es solche, die von dem Einzelnen nicht beeinflusst werden können (familiäre Abstammung, primäres soziales Umfeld). Wenn die nicht beeinflussbaren Determinanten zu ungleicher Behandlung führen und die Gesellschaft mehrheitlich als sozial ungerecht empfunden wird, hat sie auf Dauer nicht das notwendige Potential zur Konfliktregelung und gewaltlosen Streitschlichtung (Imbusch 2006, S. 396). Eine Gesellschaft kann demnach nur zukunftsfähig bleiben, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder die bestehende Ordnung für gerecht hält.

Was gerecht bzw. ungerecht ist, wird je nach Anwendungsgebiet unterschiedlich aufgefasst. Im Sport und der Wirtschaft gilt das Leistungsprinzip, d.h. es wird meist als gerecht empfunden, wenn derjenige Mensch mehr Anerkennung - monetärer oder nicht monetärer Art - bekommt, welcher mehr leistet. In der Familie gilt hingegen das Bedarfsprinzip, d.h. wer erhöhter Aufmerksamkeit oder Zuwendung bedarf (z.B. Kinder, pflegebedürftige Familienmitglieder), bekommt sie in der Regel bzw. empfindet es als ungerecht, wenn dies nicht eintrifft. Gelingt es einer Familie nicht die bedürftigen Personen hinreichend zu versorgen, so greifen oft staatliche Organisationen ein bzw. unterstützen die Familie bei diesen Aufgaben (z.B. Jugendamt, Altersheim).

Die Spannungsfelder innerhalb einer Gesellschaft sind in diesem Kontext vielfältig: zwischen mehr und weniger Wohlhabenden, zwischen Familien und kinderlosen Erwachsenen, zwischen den Generationen und den Geschlechtern, um nur einige davon zu nennen. Es stellt sich also die Frage, wie Institutionen im Kontext nachhaltiger Entwicklung dazu beitragen können, die Gesellschaft gerechter zu gestalten, ohne dass diese den Freiraum des Einzelnen zu sehr einschränken. Institutionen, wie z.B. die Erwartung, dass jedes Gesellschaftsmitglied einen gewissen Grad an Allgemeinbildung haben sollte, können die Chancengleichheit fördern. Wenn dadurch gleicher Zugang zur Bildung gewährleistet wird, kann der Ungleichheit z.B. auf Grund der Herkunft entgegengewirkt werden.

Dabei gilt jedoch zu berücksichtigen, dass die Chancengleichheit eine formale Kategorie ist. Daraus leitet Amartya Sen die für ihn zentrale Kategorie der Verwirklichungschancen ab, die er erstmals 1980 mit dem Konzept der menschlichen Befähigungen beschreibt (Sen 1980). In diesem Zusammenhang stellt er die Beziehung zwischen Entwicklung und Freiheit her. Unter Freiheit versteht er die tatsächlichen Chancen, die es dem Menschen erlauben, „das zu tun, was er mit Gründen schätzt.“ Entsprechend begründet sich Ungerechtigkeit aus der Einschränkung der ökonomischen, politischen und sozialen Freiheit des einzelnen Individuums. Unter der Kategorie „substantielle Freiheiten“ subsumiert er „die Möglichkeit, Hunger, Unterernährung, heilbare Krankheiten und vorzeitigen Tod zu vermeiden, wie auch jene Freiheiten, die darin bestehen, lesen und schreiben zu können, am politischen Geschehen zu partizipieren, seine Meinung unzensiert zu äußern usw.

(Sen 2000, S. 191)“. Diese Freiheiten lassen sich auch als elementare und erlernbare Fähigkeiten klassifizieren.

Ferner kann die Entscheidung über die Form der eigenen Lebensführung (bleibt man kinderlos, engagiert man sich in seinem Umfeld oder darüber hinaus usw.) individuell getroffen werden, wenn man sich mit den Konsequenzen aus dieser Entscheidung der gemeinschaftlichen Verantwortung stellt (Nolte 2006, S. 155). Im Kontext sozialer Nachhaltigkeit bedeutet das, dass die von der Gesellschaft akzeptierten Normen den Rahmen dessen skizzieren, was ihre Mitglieder zu einem gegebenen Zeitpunkt und unter gegebenen Umständen mehrheitlich als gerecht empfinden.

### ***3.6 Kritische Anmerkungen zu der Neuen Institutionsökonomik im Kontext sozialer Nachhaltigkeit***

Nach den Ausführungen in den bisherigen Abschnitten ist der Beitrag der Neuen Institutionsökonomik zur Begründung sozialer Nachhaltigkeit kritisch zu hinterfragen. Auf der einen Seite bietet der noch recht junge Ansatz dank seiner breiten Anwendbarkeit und starken, fächerübergreifenden, integrierenden Kraft eine solide Basis zur Begründung gesellschaftlicher Entwicklungen (Göbel 2002, S. 360). Auf der anderen Seite bietet die Neue Institutionsökonomik mit ihren oft als rigide bezeichneten Modellprämissen (Göbel 2002, S. 343ff.) und der Schwierigkeit, relevante Institutionen auszuwählen sowie zu gewichten (Senge 2006, S. 46) einige Angriffspunkte.

Der Hauptzweck von Institutionen, das Aufzeigen von Handlungsoptionen, ist zugleich ihr größter Kritikpunkt, denn sie beschränken damit gleichzeitig die Freiheit (Gukenbiehl 2008, S. 150). Diese Kritik ist insofern berechtigt, als dass der Einzelne sich an die vorherrschenden Normen anpassen muss, um als gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft anerkannt zu werden. Das gilt solange diese Normen von der Mehrheit gestützt werden, auch wenn sie nicht von allen gewollt sind. Unter Umständen kann das Festhalten an bestehenden Institutionen zu gefährlichen Entwicklungen führen, indem die Mehrheit nicht gegen die Unterdrückung von Minderheiten vorgeht oder diese gar unterstützt. Neue Institutionsökonomik geht davon aus, dass alle Institutionen von den Betroffenen freiwillig geschaffen werden (Göbel 2002, S. 343ff.). Sozialer Konsens kann jedoch auch mit einer von den Beteiligten als unbefriedigend empfundenen Lage vereinbar sein, solange kein

Akteur einen Anreiz hat, seinen Aktionsplan zu ändern, wenn es andere nicht auch tun (Richter, Furubotn 2003, S. 32). Im Kontext sozialer Nachhaltigkeit können Institutionen jedoch nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie das Ziel des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Humanität, Freiheit und Gerechtigkeit verfolgen.

Einen weiteren Kritikpunkt bietet das Verhaltensmodell des Homo Oeconomicus, dessen sich die Neue Institutionsökonomik bedient. Dieses zeigt bei inhaltlicher Präzisierung ein recht einseitiges Menschenbild eines reinen Nutzenmaximierers, das sich mit dem Ziel sozialer Nachhaltigkeit nur schwer vereinbaren lässt. In der Literatur wird dieses sehr restriktive Modell zunehmend geöffnet, z.B. mit dem Fairnessmodell von Fehr-Schmidt oder in den Ausführungen von Kirchgässner (Kirchgässner 1991). Im Rahmen der Neuen Institutionsökonomik erweitern die interdependenten Nutzenfunktionen das Modell um weitere Parameter.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Neue Institutionsökonomik mit der funktionalistischen Sichtweise, den interdependenten Nutzenfunktionen und dem Transaktionskostenansatz gerade im Hinblick auf soziale Nachhaltigkeit gute Erklärungsansätze bietet. Es besteht jedoch auch weiterhin Forschungsbedarf.

## **4 Handlungsempfehlungen: die Rolle von Bildung und Kultur**

Um dem Ziel der sozialen Nachhaltigkeit, dem Zusammenhalt innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft in Humanität, Freiheit und Gerechtigkeit, näher zu kommen, ist es wichtig zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen eine Verbindung herzustellen (Stiglitz, Sen, Fotoussi, S. 10). Eine entscheidende Rolle kommt dabei der Kultur zu. In der UNESCO-Erklärung zur zweiten Weltkonferenz über Kulturpolitik 1982 kann Kultur in ihrem weitesten Sinne „als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden [...], die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen (Deutsche UNESCO-Kommission e.V. 2010).“ Auch wenn Kultur ein Potential zur

Unterscheidung und somit Abgrenzung hat, ist der Zugang dazu für den gesellschaftlichen Zusammenhalt förderlich (Fuchs 2009, S. 38).

Zudem ist die Stärkung individueller Kompetenzen notwendig. Dabei spielt die Bildung eine wesentliche Rolle: Zum einen hängt von ihr die politische, soziale, ökonomische und kulturelle Handlungsfähigkeit des Einzelnen ab, zum anderen gibt es eine klare Beziehung zwischen der Bildung des Einzelnen und der sozialen Ordnung (Fuchs 2009, S. 33ff.). Das kommt auch bei der Wahl nationaler Indikatoren der sozialen Nachhaltigkeit zum Tragen. So wird im Bericht der Bundesregierung „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2008“ festgestellt: „Grundbedingung für eine erfolgreiche Integration ist eine ausreichende schulische Qualifizierung, die berufliche Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten eröffnet (Statistisches Bundesamt 2008, S. 56).“ Es ist zudem anzumerken, dass in der Zeit des Postfordismus, in der Rationalisierung der Fertigungskosten durch Massenproduktion nicht mehr im Vordergrund steht, ein lebenslanges Lernen gefordert ist, welches sich nicht nur auf staatliche Organisationen beschränkt (Schule, Hochschule), sondern die Gesamtheit aller Lernprozesse umfasst, die auch informell außerhalb von Bildungseinrichtungen stattfinden (van der Brink 2009, S. 11).

Gleiche Zugangsmöglichkeiten zur Bildung und Kultur sind demnach entscheidend, um eine stabile gesellschaftliche Ordnung für die gegenwärtigen und künftig lebenden Menschen zu gewährleisten (Fuchs 2009, S. 38). Bei der Frage, wie entsprechende politische Maßnahmen zu bewerten sind, werden in der Neuen Institutionsökonomik zwei Kriterien der normativen Theorie der Ökonomik genannt. Eines dieser Kriterien ist das nach dem italienischen Ökonom Vilfredo Federico Pareto (1848-1923) benannte Pareto-Kriterium. Es besagt, dass nur solche Maßnahmen zu befürworten sind, die mindestens einen Akteur besser stellen, ohne dass ein anderer dabei schlechter gestellt wird. Solche Maßnahmen führen zu einem pareto-superioren Zustand. Existieren solche Maßnahmen nicht, so wird der Status quo als pareto-optimal bezeichnet (Erlei, Leschke, Sauerland 2007, S. 16), bei welchem der Gesamtnutzen einer Gesellschaft nicht maximal sein muss. Ein anderes Kriterium, das von den Ökonomen Nicholas Kaldor (1908-1986) und John Richard Hicks (1904-1989) entwickelt wurde und ihnen seinen Namen verdankt, zieht Maßnahmen nach sich, die mindestens einen Akteur besser stellen, wobei die Verlierer von dem

Bessergestellten (zumindest theoretisch) kompensiert werden (Leschke 2008, S. 300f.).

Diese Kriterien können zur Einordnung politischer Maßnahmen herangezogen werden. Dabei ist zu beachten, dass Separation und isoliertes Agieren von staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen (z.B. Sozial- und Bildungspolitik, Jugendhilfe und Schule) die Gefahr impliziert, eine bestehende Benachteiligung bestimmter Gruppen auf Grund kultureller Eigendynamik aufrecht zu erhalten (van der Brink 2009, S. 14). Die Zusammenarbeit dieser Organisationen ist demnach besonders wichtig, um soziale Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Staatliche Einrichtungen können beispielsweise die Integration von Mitbürgern mit Migrationshintergrund nicht alleine gewährleisten. Auch die gesellschaftliche Umgebung mit ihren verschiedenen Subsystemen, wie Nachbarn, Arbeitgebern oder Kollegen muss dabei Unterstützung bieten.

Die in diesem Zusammenhang auftretende Integrationsthematik unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen ist mehrdimensional zu betrachten (Heitmeyer 1997, S. 11), da jede Form der Integration (z.B. die nach Wertvorstellungen, Herkunft, Interessen) gleichzeitig eine Abgrenzung zu anderen Gruppen bedeutet. Die kulturelle Vielfalt zu bewahren und gleichzeitig Integration zu fördern ist eine Herausforderung, der sich die moderne Gesellschaft wie jene Deutschlands stellen muss.

## **5 Schlussfolgerungen**

In der Diskussion zu dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung spielt die soziale Dimension eine zunehmende (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2008) aber bisher noch untergeordnete Rolle (Ausführungen zur ökologischen und sozialen Thematik in Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009).

Eine Gesellschaft sollte jedoch bestrebt sein, dauerhaft das Zusammenleben ihrer Mitglieder zu regeln sowie in außerordentlichen Situationen Krisen und Konflikte zu bewältigen. Zu ihrem Fortbestand allein bedarf es Handlungsziele und Normen, die allgemein anerkannt sind. Geht es darüber hinaus um Lebensverhältnisse mit den Ansprüchen der Humanität, der Freiheit und der Gerechtigkeit, an denen die soziale



Dimension der Nachhaltigkeit anknüpft, so sind sie in einem noch höheren Maße erforderlich (Höffe 1992, S. 7).

Demnach ist eine Gesellschaft nur dann zukunftsfähig, wenn sie lernt, sowohl mit dem ökologischen und ökonomischen Kapital als auch mit ihrem Sozialkapital schonend und verantwortungsvoll umzugehen, damit sie nicht nur den gegenwärtigen sondern auch den zukünftigen Generationen eine bedarfsgerechte Lebensgrundlage sichert.

Das neoklassische Menschenbild des Homo Oeconomicus als reinem Nutzenmaximierer ist mit dem Leitbild Nachhaltiger Entwicklung nur schwer zu vereinbaren. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, dass das Menschenbild des Homo Oeconomicus erweitert wird, indem sich sein Verhalten nicht ausschließlich am Eigeninteresse orientiert und seine Präferenzen entsprechend angepasst werden. Die sogenannte Dilemmasituation verdeutlicht das Problem, bei dem das kollektive Interesse der individuellen Nutzenmaximierung gegenüber steht. Dies führt dazu, dass eine für die Gesellschaft vorteilhafte Lösung einer weniger vorteilhaften Lösung weicht. Einigen sich die Betroffenen auf Institutionen, die kollektiven Nutzen steigern, kann das Dilemma gelöst werden.

Interdependente Nutzenfunktionen liefern einen Erklärungsansatz für die Frage, warum sich Individuen auf Normen einigen sollten, die nicht nur den heutigen sondern auch den künftigen Mitgliedern einer Gesellschaft zugute kommen. Sie erweitern das Modell des Homo Oeconomicus dahingehend, dass der Nutzen des Einzelnen nicht nur von seiner eigenen Lebensqualität sondern auch der anderer Personen abhängt.

Der Transaktionskostenansatz im Rahmen der Neuen Institutionsökonomik trägt zur Erklärung von Normenbildung bei. Demnach entstehen Normen dann, wenn ihr Grenznutzen ihre Grenzkosten für die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder übersteigt. Die rechnerische Ermittlung der Transaktionskosten stellt die Wirtschaftswissenschaften jedoch immer noch vor eine nicht gelöste Herausforderung.

Institutionen im Sinne der Neuen Institutionsökonomik bilden einen Rahmen aus Normen und Regeln, in dem sich der Einzelne entfalten kann. Sie können helfen Unsicherheiten zu überwinden, Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken und somit den

Fortbestand einer Gesellschaft zu sichern. Für die Entstehung und Stabilität von Institutionen ist es wichtig, dass sie von der Mehrheit getragen werden. Das birgt jedoch zugleich Gefahren einer stabilen Ordnung mit weitgehend ungleichen Zugangsbedingungen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass eine für alle gleiche Ordnung ein Idealzustand bleibt, der angestrebt, jedoch nie erreicht werden kann.

Die Entwicklung individueller Kompetenzen zur Gewährleistung sozialer Handlungsfähigkeit spielt für die Gerechtigkeit eine wesentliche Rolle. Dies ist unter anderem durch Zugang zur Bildung und Kultur möglich, die sich nicht nur auf Bildungs- und Kultureinrichtungen beschränkt, sondern auch informelle Entwicklungsprozesse im sozialen Umfeld einbezieht. Einen konkreten Beitrag zum Zusammenhalt in einer modernen pluralistischen Gesellschaft leisten Institutionen, wenn sie Chancengleichheit und deren Verwirklichung begünstigen sowie Integrationsbemühungen unter Zusammenarbeit staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen unterstützen.

Abschließend lässt sich feststellen, dass jede Dimension der Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonomie, Soziales) auch die Entwicklung der anderen Dimensionen mitbestimmt (Bossel 2007, S. 73). Es kann demnach zu positiven Nebeneffekten sozialer Nachhaltigkeit kommen, indem eine stabile Gesellschaft eher in der Lage ist auch einen positiven Beitrag zur ökologischen und ökonomischen Stabilität zu leisten. Nimmt beispielsweise in einer sich stabilisierenden und konsensorientierten Gesellschaft die Häufigkeit und Intensität von Korruption ab, was tendenziell auch zu weniger verbreiteten Steuerflucht führen kann, wirkt sich das auf die wirtschaftliche Entwicklung aber auch auf die Entlastung der Umwelt positiv aus (Pearce, Atkinson 1998, S. 260). Empirische Studien belegen, dass sich Investitionen in Sozialkapital positiv auf das BIP auswirken, was die ökonomische Relevanz der sozialen Nachhaltigkeit unterstreicht.

## Literaturverzeichnis

Alt, J. E., Shepsle, K. A. (1998): Rules, Restrictions, Constrains: Structure and Process in the New Institutional Economics, in: Journal of Institutional and Theoretical Economics, Jg. 154, S. 735-743.

Bentham, J. (1992): Eine Einführung der Prinzipien der Moral und Gesetzgebung, in: Höffe, O. (Hrsg.): Einführung in die utilitaristische Ethik, Tübingen, S. 55-82.

Binmore, K., Samuelson, L. (1994): An Economist's Perspective on the Evolution of Norms, in: Journal of Institutional and Theoretical Economics, Jg. 150, S. 45-63.

Bossel, H. (2007): Koexistenz von Natur- und Humansystemen: Zur Notwendigkeit einer Ethik der Nachhaltigkeit, in: Beckenbach, F. u.a. (Hrsg.): Soziale Nachhaltigkeit, Jahrbuch Ökologische Ökonomik, Marburg, S. 73-98.

Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen, S. 183-198.

van der Brink, H. (2009): Von feinen Unterschieden zu großen Ungleichheiten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 17, S. 8-14.

Coase, R. H. (1937): The Nature of the Firm, in: Economica, Heft 4, S. 385-405.

Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (2010): <http://www.unesco.de/2577.html?&L=0>, Abruf 02.06.2010.

Erlei, M., Leschke, M.; Sauerland, D. (2007): Neue Institutionenökonomik; 2. Auflage; Stuttgart.

Feser, H.-D. (2008): Nachhaltiger Wohlfahrtsstaat? In: v. Hauff, M., Lingnau, V., Zink, K.J. (Hrsg.): Nachhaltiges Wirtschaften - Integrierte Konzepte, Baden-Baden, S. 1-22.

Frey, B. S., Luechinger, S. (2007): Concepts of happiness and their measurement, in: Beckenbach, F. u.a. (Hrsg.): Soziale Nachhaltigkeit, Jahrbuch Ökologische Ökonomik, Marburg, S. 219-237.

Fuchs, M. (2009): Sozialer Zusammenhalt und kulturelle Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 47, S. 33-38.

Göbel, E. (2002): Neue Institutionenökonomik, Stuttgart.

Gukenbiehl, H. L. (2008): Institution und Organisation, in: Korte, H., Schäfers, B.: Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie, Wiesbaden, S. 145-162.

v. Hauff, M., Kleine, A. (2009): Nachhaltige Entwicklung - Grundlagen und Umsetzung, München.

Heitmeyer, W. (Hrsg.) (1997): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt am Main.

Hjerpe, R. (1998): Social Capital and Economic Growth, Discussion Paper Nr. 183, Government Institute for Economic Research (VATT).

Höffe, O. (Hrsg.) (1992): Einführung in die utilitaristische Ethik, Tübingen.

Imbusch, P. (2006): Sozialpolitik und Friedenspolitik - Befunde, Herausforderungen, Perspektiven, in: Carigiet, E., Mäder, U., Opielka, M., Schulz-Nieswandt, F. (Hrsg.): Wohlstand durch Gerechtigkeit, Zürich, S. 382-397.

Kirchgässner, G. (1991): Homo oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Tübingen.

Knack, S., Keefer, P. (1997): Does Social Capital have an Economic Payoff? A Cross-Country Investigation, in: The Quarterly Journal of Economics, Jg. 112, S. 1251-1288.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2008): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Eine erneuerte Sozialagenda: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität im Europa des 21. Jahrhunderts, Brüssel, den 2.7.2008; KOM (2008) 412 endgültig.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament – Das BIP und mehr. Die Messung des

Fortschritts in einer Welt im Wandel; Brüssel, den 20.8.2009, KOM (2009) 433 endgültig.

Layard, R. (2005): Die glückliche Gesellschaft - Kurswechsel für Politik und Gesellschaft, Frankfurt.

Leschke, M. (2008): Nachhaltigkeit und Institutionen - eine wirtschaftswissenschaftliche Sicht, in: Kahl, W. (Hrsg.): Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, Tübingen, S. 297-325.

Meyerhoff, J., Schwarze, R. (2007): Editorial, in: Beckenbach, F. et al. (Hrsg.): Soziale Nachhaltigkeit, Jahrbuch Ökologische Ökonomik, Marburg, S. 7-12.

Nolte, P. (2006): Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus, München.

North, D. C. (1992): Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen.

North, D. C., Wallis, J.J. (1994): Integrating Institutional Change and Technical Change in Economic History. A Transaction Cost Approach, in: Journal of Institutional and Theoretical Economics, Jg. 150, Heft 4, S. 609-624.

Pearce, D. W.; Atkinson, G. D. (1998): The Concept of Sustainable Development, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Jg. 134, Heft 3, S. 251-271.

Rau-Bredow, H. (1992): Zur theoretischen Fundierung der Institutionenökonomie, München.

Richter, R., Furubotn, E. G. (2003): Neue Institutionenökonomik, 3. Auflage, Tübingen.

Scott, W. R. (2006): Reflexionen über ein halbes Jahrhundert Organisationssoziologie, in: Senge, K., Hellmann, K.-U. (Hrsg.): Einführung in den Neoinstitutionalismus, Wiesbaden, S. 201-253.

Scott, W. R. (2008): Institutions and Organizations, Thousand Oaks.

Sen, A. K. (1980): Equality of What? In: McMurrin; S. M. (Hrsg.): The Tanner Lecture on Human Values, Salt Lake City, S. 195-220.

Sen, A. K. (2000): Ökonomie für den Menschen - Wiege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München, Wien.

Senge, K. (2006): Zum Begriff der Institution im Neo-Institutionalismus, in: Senge, K., Hellmann, K.-U. (Hrsg.): Einführung in den Neo-Institutionalismus, Wiesbaden, S. 35-47.

SOEP (2010): <http://www.diw.de/de/soep>; Abruf 07.05.2010.

Statistisches Bundesamt (2008): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2008, Wiesbaden.

Stiglitz, J. E., Sen, A. K, Fitoussi, J.-P. (2009): Issues Paper, Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, o.O., [http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport\\_anglais.pdf](http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf).

Stobbe, A. (1991): Mikroökonomik, 2. Auflage, Berlin et al.

Voigt, S. (2009): Institutionenökonomik, 2. Auflage, Paderborn

## Bisher erschienen:

- 01-93: **Beyer, H.-M.; Feser, H.-D.; von Hauff, M.; Wiesch, G.J.:**  
Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Stand und Perspektiven.  
(vergriffen)
- 02-93: **Füßler, Andreas:**  
Die gesellschaftliche Zeitpräferenzrate: Theoretische Grundlagen, Kritik und Evidenz.  
(vergriffen)
- 03-93: **Wiesch, Gerald:**  
Recyclingförderung durch Inputbesteuerung: Ein Modell.  
(vergriffen)
- 04-94: **von Hauff, Michael:**  
The Transformation Process and the Structural Adjustment Program in India  
- A Few Ecological Consequences.
- 05-94: **Daly, Herman E.:**  
Die Wachstumsdebatte: Was einige Ökonomen gelernt haben, viele aber nicht.  
Übersetzt und mit einer Einführung versehen von Wolfgang Flieger.  
(vergriffen)
- 06-95: **Bornhöft, Stephan:**  
Die europäische Sozialunion: Begriff, Entwicklung, Perspektiven.
- 07-95: **Henzelmann, Torsten:**  
Contracting: Ein effizientes Instrument auf dem Weg zum Least-Cost Planning.
- 08-95: **Breitbarth, M.; von Hauff, M.; Maier, K.-D.:**  
Innovationserfolge durch umweltschonende Investitionsgüter. Pilotstudie zur Oberflächentechnikindustrie in Baden-Württemberg.  
(vergriffen)
- 09-96: **Solbach, Daniel:**  
Außenwirtschaft und Umweltschutz.
- 10-96: **Thiry, Erik:**  
Die Umwelt-Audit-Verordnung der EU.
- 11-97: **von Hauff, Michael; Wilderer, Martin Z.:**  
The Emerging Markets for Environmental Technology in Asia: India, Indonesia, Malaysia, Philippines, Singapore, Taiwan, Thailand.

- 12-99: **Auplat, M.-F.; Kruse, B.; Schmidt, M.:**  
Möglichkeiten einer eigenständigen Alterssicherung für Frauen: Utopie oder Wirklichkeit?
- 13-99: **Laws, Carmen:**  
Die Visegradstaaten auf dem Weg in die EU - Eine Analyse des Transformationserfolges anhand der Wettbewerbsfähigkeit auf dem EU-Markt.
- 14-01: **von Hauff, Michael; Sauer, Lenore:**  
Die Effektivität und Effizienz von Sozialstaatsmodellen.
- 15-02: **von Hauff, Michael; Kundu, Amitabh:**  
Energy Strategy for Sustainable Development – Use of Renewable Resources and its Implications in India.
- 16-03: **Filc, Wolfgang:**  
Der Beitrag der Geldpolitik für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.
- 17-03: **Beissinger, Thomas; Knoppik, Christoph:**  
Sind Nominallöhne starr? Neuere Evidenz und wirtschaftspolitische Implikationen.
- 18-04: **Beissinger, Thomas:**  
Strukturelle Arbeitslosigkeit in Europa: Eine Bestandsaufnahme.
- 19-05: **von Hauff, Michael; Kleine, Alexandro:**  
Methodischer Ansatz zur Systematisierung von Handlungsfeldern und Indikatoren einer Nachhaltigkeitsstrategie - Das Integrierende Nachhaltigkeits-Dreieck.
- 20-05: **Beissinger, Thomas; Knoppik, Christoph:**  
Downward Nominal Wage Rigidity in Europe: An Analyses of European Micro Data from the ECHP 1994-2001.
- 21-05: **von Hauff, Michael; Welter, Markus:**  
Zur ökonomischen Bedeutung von Information: Eine aktuelle Übersicht
- 22-06 **von Hauff, Michael; Kluth, Katharina:**  
Die energiewirtschaftliche Situation und Stand der Versorgungssicherheit in Deutschland während der Trockenperiode 2003
- 23-06 **von Hauff, Michael; Tarkan, Bülent:**  
Die finanzwirtschaftliche Situation der kommunalen Ebene – Die demographische Perspektive –
- 24-07 **von Hauff, Michael:**  
Die Rolle Indiens in der globalen Strukturpolitik
- 25-08 **Feser, Hans-Dieter; von Malottki, Christian; Schmitt, Rebecca:**  
"Migrationsmodelle - ein kritischer Literaturbericht in Hinblick auf Binnenwanderung"



- 26-08 **von Hauff, Michael; Hartel, Arthur:**  
Digitaler Dualismus. Die ökonomische Bedeutung von Informationen – am Beispiel Afrikas
- 27-09 **von Hauff, Michael; Jörg, Andrea:**  
Innovationen im Kontext nachhaltiger Entwicklung
- 28-09 **von Hauff, Michael; Krämer, Hagen:**  
Ökonomische Aspekte des Glücks – Was Wirtschaft und Gesellschaft von der modernen Glücksforschung lernen können
- 29-10 **Kecinski, Maik; Riechmann, Thomas:**  
Walrasian Strategies in Cournot Games – Theory and Experimental Investigation